



Ulrich Brand, LIEIS - 23.1.2012

Globalisierung, imperiale Lebensweise und Horizonte eines guten Lebens.

Zur Kritik der Grünen Ökonomie

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich recht herzlich beim *Luxemburger Institut für Europäische und Internationale Studien* und insbesondere bei seinem Direktor Dr. Armand Clesse für die freundliche Einladung zu diesem Vortrag und bei Benjamin Koltermann für die Unterstützung bei der Vorbereitung. Der Vortrag ist gekoppelt mit einem Arbeitstreffen am heutigen Mittag im luxemburgischen Wirtschafts- und Sozialrat und luxemburgischen Rat für nachhaltige Entwicklung, das von Dr. Serge Allegrezza organisiert wurde, und bei dem es um Fragen von Wohlstand und Wohlstandsmessung ging. Auch ihm meinen herzlichsten Dank.

Armand fragte mich bei unserem ersten Kennenlernen im vergangenen Mai, ob ich nicht einmal einige Überlegungen zu aktuellen weltpolitischen und –wirtschaftlichen Entwicklungen anstellen wollte. Diese Einladung habe ich gerne angenommen und möchte mich dafür entschuldigen, dass ich den Termin im vergangenen Oktober auf heute verschieben musste. Eine starke Bronchitis machte mich reiseunfähig.

Hintergrund des Titels „Globalisierung, imperiale Lebensweise und Horizonte eines guten Lebens.

Zur Kritik der Grünen Ökonomie“ und der folgenden Ausführungen sind meine Forschungen zur politischen Steuerung der Globalisierung – im Fachjargon: Global Governance – sowie die Debatten um Alternativen zur neoliberalen Globalisierung. Ein weiteres Arbeitsgebiet umfasst die internationale Umwelt- und Ressourcenpolitik.

In letzter Zeit befasse ich mich mit dem Zusammenhang zwischen der Krise der Globalisierung, der ökologischen Krise und dem derzeit prominentesten Vorschlag, beide Krisen zu bearbeiten: Nämlich den Strategien einer *green economy* / Grünen Ökonomie. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt bezeichne ich diese eher als Versprechen, die multiple Krise zu bearbeiten, denn als klar konturierte Strategie.

Ich muss gleich zu Beginn gestehen, dass ich die Verhältnisse in Luxemburg zu wenig kenne als dass ich Ihnen wirtschafts- oder umweltpolitische Beispiele von hier nennen könnte. Umso mehr freue ich mich auf die anschließende Diskussion.

Mein Vortrag am heutigen Abend gliedert sich in vier Teile.

Ich beginne bewußt mit der Globalisierung und ihrer Krise. Damit möchte ich Sie nicht langweilen, das Institut hat wahrscheinlich schon viele wichtige Vorträge dazu organisiert. Vielmehr möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Aspekte lenken, die m.E. wichtig sind, um die gegenwärtige Krise und die Formen der Krienerarbeitung genauer zu verstehen.

Zum einen unterstreiche ich den gesellschaftlich umkämpften Charakter des Globalisierungsprojektes. Dann damit werden auch die aktuellen Krisenpolitiken besser verstehbar.

Da mich besonders Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen interessieren sowie die derzeit beginnende Debatte um eine grüne Ökonomie, möchte ich einen zweiten Aspekt betonen. Globalisierung bedeutet die Intensivierung dessen, was ich als imperiale Lebensweise bezeichne.

Mein Argument lautet: Beides, neoliberale Globalisierung und imperiale Lebensweise, sind in gewisser Weise die großen Hindernisse auf dem Weg zu einer wirklichen grünen Ökonomie. Darauf gehe ich im dritten Teil ein.

Was bedeutet eigentlich grüne Ökonomie? Ich verstehe sie als politische Strategie und frage, was wir davon erwarten können. Neben den beiden genannten Hindernissen scheint mir zentral, dass wir seit den 1990er Jahren in der zweiten Phase der Globalisierung einen Aufstieg einiger sog. Schwellenländer erleben, die in geopolitischer und geoökonomischer Konkurrenz mit den kapitalistischen Zentren stehen. Während nun einige meinen, diese Konkurrenz ist gut für die Grüne Ökonomie, hege ich doch einige Zweifel.

Ich schließe meinen Vortrag ab mit einigen Bemerkungen zu möglichen Alternativen und dazu, was unter dem Begriff des „guten Lebens“ diskutiert wird bzw. werden könnte.

Globalisierung als umkämpftes Projekt

Die Strukturveränderungen der westlichen Gesellschaften seit den 1970er und 80er Jahren bilden das Ende einer spezifischen Periode kapitalistischer Entwicklung, nämlich die eines »fordistischen« Klassenkompromisses. Dieser basierte auf Massenproduktion, Massenkonsum, einen in die Wirtschaft intervenierenden und sozialpolitisch aktiven Staat und auf einer enorm intensiven Vernutzung natürlicher Ressourcen. Der Kompromiss wurde ermöglicht durch eine starke

ArbeiterInnenbewegung, aber auch durch eine real existierende Systemalternative. Und er war sozialstrukturell männlich und weiß dominiert; international basierte er auf einer zunächst kolonialen, dann post-kolonialen Weltordnung.

Diese Konstellation geriet ab der ersten Hälfte der 1970er Jahre in die Krise. In deren Zuge kam es zu einer Neuausrichtung des Produktionsmodells in Richtung von Flexibilisierung, einer Restrukturierung der internationalen Arbeitsteilung, der zunehmenden Bedeutung von Dienstleistungsberufen, der Entwicklung der Mikroelektronik und umfassenden technologischen Neuerungen, die heute unser Leben bestimmen. Das, was wir heute als Finanzialisierung oder Finanzmarkt-Kapitalismus bezeichnen, nahm damals seinen Ausgangspunkt.

Wichtig ist mir an dieser Stelle zu betonen, dass das, was wir heute als neoliberale Globalisierung bezeichnen, kein zwangsläufiger, sondern ein umkämpfter Prozess war und ist. In dessen Zentrum stand und steht die Schwächung der Lohnabhängigen und ihrer Interessenvertretungen. Auf diese Weise sollte die Profitabilität der Unternehmen wieder hergestellt werden.

Im Gegensatz zum Großteil der Diskussion ist Globalisierung aus meiner Sicht kein zuvorderst ökonomischer Prozess und bislang nicht gestalteter Sachzwang (#Markt-Staat#). Vielmehr handelt es sich um einen tiefgreifenden ökonomischen, aber auch politischen und kulturellen Strukturwandel. Die kapitalistische Globalisierung ist politisch durchgesetzt worden und zwar insbesondere von den Regierungen der dominanten westlichen Staaten.

Dass die globalisierte Ökonomie eine Art selbstlaufender Prozess sei, der nun von der Politik »re-reguliert« werden müsse, gehört aus meiner Sicht zu einem der Globalisierungsmythen. Ausgeblendet wird: Internationale Politik findet ja statt – Stichworte hier sind die EU und ihre Lissabon- oder 2020-Agenda oder die WTO –, aber in marktfördernder Ausrichtung und als Absicherung der Interessen der Vermögensbesitzer; und weit weniger der Lohnabhängigen und noch weniger zur gemeinsamen Lösung globaler Probleme. Es bildete sich eine Art »nationaler Wettbewerbsstaat« (Joachim Hirsch) heraus sowie eine Internationalisierung des Staates.

Der Staat ist in der aktuellen Krise also nicht »zurück«, wie vielfach behauptet wird. Er war nie weg. Doch er sollte sich eine Zeitlang um bestimmte gesellschaftliche Angelegenheiten kümmern – und um andere nicht. Er sollte nicht so genau hinsehen, was die Folgen der Privatisierung waren; nicht so genau nachfragen, was für Finanzprodukte da entstanden. In der aktuellen Krise ist es aber im Interesse der Vermögensbesitzer, dass er wieder mehr Aufgaben übernimmt; insbesondere die Verluste zu sozialisieren.

Wenn wir uns also die aktuellen Krisenpolitiken ansehen, dann verwundert es nicht, dass zuvorderst die Interessen der VermögensbesitzerInnen und der Banken gesichert werden. Sie sind die weiterhin dominanten Kräfte, was sich entsprechend in staatlichen Politiken ausdrückt. Die Transformation der

Bankenkrise in eine Staatsschuldenkrise ist entsprechend ein Effekt der Tatsache, dass die Vermögenden und die Banken ihre Interessen durchsetzen und sie unter Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus enorm viel Macht und Einfluss haben.

Eine politisch zentrale und überall diskutierte Frage lautet heute: wer trägt die Kosten der Krise, wer trägt die Kosten der Krisenfolgen? Wir sehen in der EU, dass die Kosten nach Südeuropa, vielleicht demnächst nach Osteuropa externalisiert werden. Aber auch innerhalb unserer Gesellschaft muss gefragt werden: Wer steigt besonders schlecht aus bei den Austeritätspolitiken.

Ein erstes Zwischenresümee: Der Globalisierungsprozess besteht auch darin, dass sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse hin zum weltmarktorientieren und insbesondere zum Finanz-Kapital verschoben haben. Diese Konstellation besteht bis heute und prägt die Formen der Krisenpolitiken.

Ich habe gesehen, dass das Institut am 9. Februar Heiner Flassbeck für einen Vortrag gewinnen konnte. Der wird aus einer keynesianischen Perspektive auf die aktuelle Krise vertieft eingehen.

Das Problem der imperialen Lebensweise

Ich möchte aber einen zweiten Aspekt hervorheben, der mir wichtig scheint, um zu verstehen, warum die dominanten Krisenpolitiken von der Mehrheit der Bevölkerung in den nordwestlichen bzw. europäischen Kernländern zwar nicht aktiv befürwortet, aber doch passiv hingenommen werden.

Der Globalisierungsprozess macht den Menschen mehr oder weniger deutlich, dass es zwar verstärkte internationale Konkurrenz und innergesellschaftliche Spaltung gibt. Aber sie erleben auch im Alltags, dass ihr Wohlstand darauf basiert, dass Ressourcen über die Massen verwertet, das Klima belastet und die billige Arbeitskraft von Menschen in anderen Ländern vernutzt wird. Ich bezeichne das als imperiale Lebensweise.

Diese imperiale Lebensweise basiert also darauf, dass die Ressourcenflüsse und die Produkte, die von billiger Arbeitskraft andernorts produziert werden, in die kapitalistischen Metropolen gesichert bleiben und damit das hiesige und tendenziell globalisierte Produktions- und Konsumtionsmodell aufrechterhalten wird.

Die imperiale Lebensweise basiert auf Machttechniken der Staaten sowie internationaler politischer Institutionen wie die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds. Sie haben etwa den 1980er Jahren mit ihren Politiken der »Strukturanpassung« die verschuldeten peripheren Gesellschaften zu neoliberalen Politiken getrieben. Das bedeutet für viele Länder, dass sie sich über den Export von Agrargütern und Rohstoffen in den Weltmarkt integrieren. Teilweise unter erheblichen sozialen und

ökologischen Kosten. Das wird gegenwärtig unter dem Begriff des Extraktivismus diskutiert. Der Extraktivismus ist die andere Seite der Medaille der imperialen Lebensweise, nämlich die unbedingte Inwertsetzung der Natur, um sie als Rohstoffe auf dem Weltmarkt verkaufen zu können.

Und die imperiale Lebensweise gründet auf den Produktions- und Verkaufsstrategien der Unternehmen. Unternehmen haben Marktmacht und können derart die ökologischen Folgekosten ihrer Produktion externalisieren.

Ich halte eine Analyse der imperialen Lebensweise auch deshalb für wichtig, um zu verstehen, warum sich in der Krise so wenig tut. Warum so wenig Menschen aufstehen. Das mag sich ja seit letzten Herbst ändern mit der Occupy Wall Street-Bewegung und auch mit anderen Bewegungen. Aber mein Eindruck ist, in Wien lebend, dass die Menschen schon wissen, dass da drüben Ungarn ist und dass es den Menschen in Ungarn in der Krise viel schlechter geht. Oder dass sie wissen, die Produkte sind aus China, da hat man vielleicht ein schlechtes Gewissen wegen der fürchterlichen Arbeitsbedingungen. Das meine ich mit imperialer Lebensweise, und meine Überlegung ist, dass wir genauer verstehen müssen, welches die Mechanismen sind und wie eine imperiale Lebensweise zu einer solidarischen Lebensweise umgebaut werden kann.

Der (unmögliche) Globalisierung der imperialen Lebensweise

Entscheidend für unser Thema ist, dass es in den letzten Jahrzehnten zu einer Vertiefung der imperialen Lebensweise in zweifacher Richtung kam: Zum einen wurde im Globalisierungsprozess der Zugriff auf die globalen Ressourcen und Arbeitskräfte über den Weltmarkt restrukturiert und intensiviert. Das hängt damit zusammen, dass die für den Fordismus prägenden fossilistischen Konsummuster die Fordismuskrise nicht nur unbeschadet überstanden, sondern sogar noch intensiviert wurden. Der in den 1990er Jahren verbreiteten Rede von der „Virtualisierung“ der Ökonomie zum Trotz sind etwa die modernen Kommunikationstechnologien außerordentlich ressourcenintensiv – nicht nur im Hinblick auf den Stromverbrauch, sondern auch im Hinblick auf die Materialien, die für ihre Herstellung verwendet werden und zum großen Teil aus dem globalen Süden stammen. Zum anderen kommt es in einigen Ländern wie China oder Indien selbst zur Herausbildung von großen Ober- und Mittelklassen, die sich an der „westlichen“ Lebensweise orientieren (in einigen Ländern Lateinamerikas war das bereits ein Phänomen während des Fordismus).

Der zentrale Widerspruch, der mit dem Aufstieg der Schwellenländer, vor allem Indiens, Brasiliens und Chinas, manifest wird, besteht darin, dass sich mit den Konsum- und Produktionsmustern des globalen Nordens eine Lebensweise tendenziell verallgemeinert, die aus einer ökologischen Perspektive nicht verallgemeinerbar ist. Die imperiale Lebensweise des globalen Nordens beruht,

ökologisch gesehen, auf Exklusivität. Sie setzt voraus, dass nicht alle Menschen gleichermaßen auf die Ressourcen und Senken der Erde zugreifen.

Die imperiale Lebensweise beinhaltet die Möglichkeit zunehmend konfliktträchtiger und gewaltförmiger internationaler Beziehungen, die dann aktualisiert wird, wenn die exklusive Inanspruchnahme menschlicher und natürlicher Ressourcen sowie von Senken durch den globalen Norden aufgrund von geopolitischen und -ökonomischen Verschiebungen infragegestellt wird. Genau dies ist derzeit der Fall.

Ich komme zu einem kurzen Zwischenfazit des zweiten Teils meines Vortrages: Zum einen scheint es mir neben dem umkämpften Charakter der Globalisierung und aktueller Krisenpolitiken wichtig, die imperiale Lebensweise in den Ländern des globalen Nordens zu berücksichtigen. Das ist nicht nur entscheidend für die Aussichten von Nachhaltigkeitspolitiken, sondern auch für ein solidarisches Wohlstandmodell und eine dauerhafte Bearbeitung der aktuellen Krise.

Zudem: Der Aufstieg von Ländern wie Indien und China geht einher mit einer raschen Ausbreitung fossilistischer Produktions- und Konsummuster, die den Ressourcenbedarf dieser Länder ebenso steigern wie ihren Anspruch auf die Nutzung von Senken. Das Resultat sind öko-imperiale Spannungen zwischen den Mächten des globalen Nordens und den aufstrebenden Ländern des globalen Südens. Sie entladen sich in Ressourcenkonflikten und in der Blockade internationaler umweltpolitischer Terrains, auf denen um die – über die Zuteilung von „Verschmutzungsrechten“ vermittelte – Ermöglichung bzw. Beschränkung fossilistischer Entwicklung gerungen wird. Siehe dazu die Klimakonferenz von Kopenhagen im Dezember 2009 oder jüngst in Durban und der anschließende Ausstieg Kanadas aus dem Kyoto-Protokoll.

Green Economy als Container-Begriff, Strategie und Versprechen

Im dritten Teil meines Vortrages komme ich zu der aus meiner Sicht derzeit prominentesten Strategie, um die Wirtschafts- und Finanzkrise auf der einen Seite und die Umwelt- und sich abzeichnende Ressourcenkrisen auf der anderen Seite zu bearbeiten. Im kommenden Juni soll bei der „Rio plus 20“-Konferenz in Rio de Janeiro der Begriff der *green economy* zu einer neuen Leitmetapher werden. Das wäre ein ganzes Vortragsthema für sich; ich beschränke mich hier auf einige knappe Bemerkungen.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP startete Ende 2008 eine *Green Economy Initiative*, auf die inzwischen zahlreiche Akteure ansprachen: Die OECD, ILO, Weltbank, viele nationale Regierungen, Thinks Tanks, Stiftungen und einige grüne und sozialdemokratische Parteien. Verzeihen Sie meine Unkenntnis darüber, wie das Thema in Luxemburg diskutiert wird.

Die grundlegende und gar nicht so neue Idee besteht darin, geeignete politische Rahmenbedingungen zu schaffen, um Märkte und Wirtschaft durch Effizienzgewinne und technologische Innovationen „grüner“ zu machen und „grüne“ Arbeitsplätze zu schaffen. Durch entsprechende Politiken sollen „richtigen Preise“ erreichen, die bislang externalisierten Umweltbelastungen zu internalisieren und damit das „Marktversagen“ zu korrigieren. Ökologische Steuerreformen sollen vorangetrieben werden, öffentliche Beschaffungen, strategische Investitionen und nachhaltige Infrastrukturen gefördert werden.

Ob es sich um eine Konkretisierung des Begriffs nachhaltige Entwicklung handelt oder ob er diesen ersetzen wird, kann derzeit nicht entschieden werden. Der Begriff der grünen Ökonomie ist bislang gar nicht eindeutig definiert. Es handelt sich, wie vor zwanzig Jahren bei „nachhaltiger Entwicklung“, um einen recht offenen Container-Begriff, der sehr vielfältige Perspektiven und Strategien zulässt. Es macht gar keinen Sinn, mangelnde Definitionen einer grünen Ökonomie zu kritisieren oder gar solche einzufordern. Von der Tatsache abgesehen, dass so etwas nicht autoritativ festgelegt werden kann, würde es dem anhebenden Diskurs die potentielle Strahlkraft nehmen.

Aus meiner Sicht ist eine Lesart produktiv, die den Begriff nicht nur als Folge der Frustration mit den bisherigen Politiken nachhaltiger Entwicklung zu sehen. Denn die Frustration über die mangelnde Umsetzung der Klimarahmenkonvention oder der Biodiversitätskonvention nimmt seit 5 Jahren stetig zu.

Zentral ist aus meiner Sicht: Die grüne Ökonomie wird zwar zuvorderst als eine Strategie formuliert – sie ist aber bislang vor allem ein Versprechen. Nämlich ein solches, in der multiplen Krise über die geeigneten politischen Rahmenbedingungen das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln (die OECD spricht von „grünem Wachstum“), Verteilungsspielräume zu erhöhen, „grüne“ Arbeitsplätze zu schaffen und über Effizienzgewinne und Innovationen die ökologische Krise zu bearbeiten.

Die ökonomistische Semantik der verschiedenen Strategien der grünen *Ökonomie* – das Soziale des Drei-Säulen-Modells von nachhaltiger Entwicklung wird abgewertet - deutet darauf hin, dass die bisherige Spannung zwischen „Ökologie“ und „Ökonomie“ endgültig aufgelöst werden soll. Der aktuelle UNO-Chef Ban Ki-moon behauptet etwa, es handle sich um einen „Mythos, dass Wirtschaft und Umwelt Gegensätze“ seien.

Wenn wir das Versprechen der grünen Ökonomie nicht nur ideologiekritisch konstatieren, dann kann ein materieller Kern freigelegt werden, der heute deutlicher ist als in den 1990er Jahren.

Die beiden aus meiner Sicht entscheidenden Unterschiede zwischen „nachhaltiger Entwicklung“ und „grüner Ökonomie“ liegen nicht darin, dass die ökologische Krise heute deutlicher wäre oder die internationale Umweltpolitik sich blamiert hätte. Neu ist zum einen die intensive Suche nach Krisenlösungen in der schwersten Krise des Kapitalismus seit sechzig Jahren. Und zum anderen sind

die Produktivkräfte deutlich weiter entwickelt als zu Beginn der 1990er Jahre. Wirtschaftspolitische Strategien einer grünen Ökonomie haben eine in gewisser Weise heute eine breitere materielle Grundlage. Das zeigt sich besonders deutlich in der Energieerzeugung und –verwendung, aber auch bei Antriebsmotoren. Manche rechnen gar die Digitalisierung der Produktion insgesamt zu einer Kernvoraussetzung der grünen Ökonomie.

Ob sich der Kapitalismus mit der Staetgie und dem Versprechen einer grünen Ökonomie umbauen läßt, hängt von vielen Faktoren ab, die außerhalb der Reichweite politischer Strategien wie geeigneter politischer Rahmenbedingungen liegen. Solche Rahmenbedingungen in Form von Gesetzen, Forschungsförderung, Subventionen oder der Streichung von eben diesen, von veränderter öffentlicher Auftragsvergabe oder der Förderung von Technologien sind wichtig. Aber ob sie wirklich zu einer Veränderung der Produktions- und Lebensweise führen, ist ene derzeit offene Frage. Nach 20 Jahren der Versuche Nachhaltigkeitspolitik voranzutreiben, bleibe ich skeptisch.

Zu sehr ist der Aufholprozess von Ländern wie China an nicht-nachhaltige Produktionsweisen gebunden; zu sehr domineirt auch im Norden ein nicht-nachhaltiger Lebensstil, wenn wir etwa an die weiterhin steigenden Absatzzahlen der Special Utility Vehicles denken, zu sehr hat der kapitalistische markt Interesse an der Natur als « Gratisproduktivkraft », zu sehr breitet sich in den de-industrialisierten Ländern des Südens eine Strategie des Extraktivismus aus, die Einkommen und Verteilungsspielräume daran knüpft, die Ressourcen auf dem Weltmarkt zu verkaufen.

Aus meiner Sicht wird Rio+20 dennoch politisch wichtig werden. Die Konferenz wird den globalen Eliten ein neues Konzept an die Hand geben, das auf der Höhe der Zeitläufte Orientierung stiften kann. Großprojekte wie Desertec oder offshore-Windkraftanlagen werden damit in einen größeren Kontext gestellt, umstritten Projekte wie Geo-Engineering oder CO₂-Abscheidung und Speicherung möglicherweise als Beitrag zu Nachhaltigkeit und grüner Ökonomie gerechtfertigt.

Es kommt noch etws hinzu: Eine grüne Ökonomie wird, wenn überhaupt, ein Entwicklungsmodell für einige Regionen sein, das notwendig exklusiv ist. Konkurrenz- und Ausschlussmechanismen, Dynamiken der Inwertsetzung und Landnahme werden damit nicht aufgehoben. Die „oligarchische Lebensweise“ in den Ländern des globalen Nordens wird sich zwar ausweiten – das betonte ich vorhin mit dem Begriff der imperialen Lebensweise -, sie ist aber nicht verallgemeinerbar. Auch innerhalb der wohlhabenden Gesellschaften finden weiterhin Ausschlüsse statt, die in den Strategien der grünen Ökonomie kaum erwähnt werden.

Alternativen?

Im vierten Teil meines Vortrages frage ich nach alternativen Politiken.

Zuvorderst geht es natürlich darum, Antworten auf die drängenden Probleme wie soziale Spaltung und Verarmung, Zahlungsunfähigkeit von Unternehmen, den Zusammenbruch des Bankensystems, Angst und die Privatisierung der Risikoabsicherung, ökologische Krise und Zunahme der Gewalt zu finden.

Einiges geschieht heute bereits durch sehr viele Initiativen, der Herausbildung öko-sozialer Räume, andere staatliche Politiken sowie Produktions- und Konsumnormen. Ökologisch produzierte und fair gehandelte Produkte sind zwar zu einem nicht unwichtigen Nischenmarkt geworden, sie sind indes Wohlfühlprogramme der westlichen Mittel- und Oberschichten. Gleichwohl bleiben ökologische und sozial verträgliche Produktion und Konsum wichtig, aber sie sind kaum mehr eine praktische Kritik.

Es muss also immer wieder betont werden: Es gibt heute schon viele alternative Vorschläge und Praktiken. Innerhalb und ausserhalb von Institutionen. Mit KollegInnen stelle ich derzeit ein kleines Büchlein „ABC der Alternativen“ zusammen, das im März erscheinen wird. Wir haben 160 Einträge wie etwa zu Arbeitszeitverkürzung, globale soziale Rechte, Grundeinkommen, Open Source, partizipativer Haushalt, soziale Infrastruktur, Kirche von unten, solidarische und Umsonstökonomie oder Wachstumskritik. Wir hätten spielend 250 Stichwörter unterbringen können.

Zentral ist aus meiner Sicht eine Art kultureller Revolution, die gegen Konsumismus und Konkurrenzdenken aufbegehrt. Notwendig sind Kritik und Lernprozesse, in denen die »Geiz ist geiz«-Kultur oder das „Kauf Dich glücklich“ und die bisherige Attraktivität der Riesenautos für immer mehr Menschen eine eher unerträgliche, unattraktive und unmoralische Sache wird. Hinter »Geiz ist geil« stehen meist schlechte bis katastrophale Arbeitsbedingungen in anderen Teilen der Welt, steht eine Missachtung ökologischer Standards. Es sind nicht nur die guten Argumente, die die Umweltbewegung ohnehin auf ihrer Seite hat und von allen ja unterschrieben werden. Es ist auch der Kampf um ein anderes, attraktives Lebensgefühl und damit verbunden um eine progressive Lebensweise, die nicht nur von einer grün-alternativen Mittelklasse gelebt werden.

Damit sollen Staat und Unternehmen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Natürlich sind staatliche Gesetze und die Förderung von Energiesparmaßnahmen wichtig. Lehrpläne an Schulen müssen sozial-ökologische Themen integrieren. Es geht auch um andere staatliche Politiken und Regeln für Unternehmen und KonsumentInnen. Veränderungen dort müssen aber über öffentliche Diskussionen, soziale Bewegungen und Konsumverhalten abgerungen werden. Und auch die Gewerkschaften spielen hier eine wichtige Rolle.

Ein weiterer Aspekt scheint mir wichtig, den ich nicht nur anspreche, da wir heute im Casino Syndical sind. Durchzufechten wäre zudem eine radikale Arbeitszeitverkürzung und, damit verbunden, eine gerechtere Verteilung der ja immer noch steigenden Produktivität und des wachsenden Wohlstands. Arbeitszeitverkürzung scheint mir aus folgenden Gründen lohnenswert. Der enorme Druck auf die Lohnarbeitsverhältnisse wie auch auf unbezahlte Arbeit (insbesondere auf die Sorgearbeit) wird als Teil der Krisenbearbeitung eher zunehmen. Die Forderung und eine breite Diskussion von Verkürzung der Lohnarbeitszeit könnte gleich mehrere Krisendimensionen politisieren: Sie wäre natürlich zuerst ein geeigneter Mechanismus gegen Arbeitslosigkeit und damit des Ausgleichs. Es könnten mit konkreten Vorschlägen Kapital- und Eigentumsmacht hinterfragt werden. Darüber hinaus könnten die herrschenden Formen der Arbeitsteilung zwischen Lohnarbeit und anderer Arbeit, die für die patriarchalen Geschlechterverhältnisse aber auch ethnisierte Dominanzverhältnisse konstitutiv sind, verändert werden. Und schließlich würde eine Politik der Arbeitszeitverkürzung die bereits erwähnten ökologisch problematischen Orientierungen an Produktivismus und Konsumismus sowie der Kultur des „Geiz ist geil“ aufweichen, also im Feld der sozial-ökologischen Transformation einen wichtigen Beitrag leisten. Schließlich müsste die Rolle des modernen Sozialstaates gründlich überdacht werden. Seine Grundlage ist ja auch das Wirtschaftswachstum.

Horizonte eines guten Lebens

Ich schließe meinen Vortrag mit Bemerkungen zu Horizonten eines guten Lebens. Häufig entstehen in der Geschichte Alternativen von den gesellschaftlichen Rändern her. Von Vordenkern, von sozialen Bewegungen oder in jenen Gesellschaften, die noch nicht so stark durchkapitalisiert sind wie die unsrigen.

Seit etwa einem Jahr arbeite ich in einer von Quito aus koordinierten Arbeitsgruppe mit, die den Titel trägt «Jenseits von Entwicklung». Das ist eine ganz außergewöhnliche Erfahrung, da sich hier etwa 30 AktivistInnen, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen vor allem aus den Andenländern, mit dem herrschenden Entwicklungsmodell der progressiven Regierungen in Ländern wie Brasilien, Argentinien, Bolivien oder Ecuador auseinandersetzen (ich bin einer von zwei Menschen aus Europa). Ich nannte bereits vorher die Option des Extraktivismus.

Denn neben dem Extraktivismus gibt es besondere in Ecuador und Bolivien in den letzten Jahren Entwicklungen, die für unsere Diskussionen wichtig sind. Die desaströsen Erfahrungen mit neoliberaler Politik haben zu breiten gesellschaftlichen Mobilisierungen geführt, in denen die indigene Bevölkerung und ihre Organisationen eine wichtige Rolle spielten.

Das führte unter anderem dazu, Privatisierungen rückgängig zu machen oder zu verhindern (Cochabamba), zu Wahlsiegen progressiver Regierungen und zu ganz grundlegend neuen

Verfassungen. Ein zentrales Element dieser Verfassungen ist die Staatszielbestimmung, ein gutes Leben (buen vivir oder vivir bien, oder sumak kawsay in der Sprache der Quechua) zu ermöglichen.

Natürlich sind die Verhältnisse in Bolivien und Ecuador sehr verschieden von den unsrigen. Dennoch halte ich einige politische Anregungen für bemerkenswert.

Ganz zentral ist eine scharfe Kritik an den überkommenen Vorstellungen von Entwicklung. Entwicklung im Sinne kapitalistischer Modernisierung und Moderne, von Konkurrenz und Aufholen, von Naturausbeutung und neokolonialen Weltmarkt muss aufhören. Es geht nicht um zuvorderst um den Markt, sondern um eine produktive, solidarische und nachhaltige Reproduktion des materiellen und immateriellen Lebens.

Nun wird in den Gesellschaften darum gerungen, was das konkret bedeutet und auf welche Erfahrungen zurückgegriffen wird. Etwa in Form einer pluralen Ökonomie, in der die kapitalistische Wirtschaft und das Profitprinzip nur eines ist neben solidarischer, staatlicher und gemeinschaftlicher Ökonomie.

Lineare Fortschrittsvorstellungen werden genauso abgelehnt wie eine Reichtumskonzeption, die aus der Ansammlung von Gütern besteht. Es wird zudem betont – und das schließt an hiesige Debatten von Wilkinson an –, dass Fairness und geringe Ungleichheit zu einer guten Gesellschaft gehören.

Für eine soziale, demokratische und ökologische Perspektive sollte die Einsicht vertieft werden, dass Kapitalismus nicht alles ist. Was wir zum Leben benötigen, und insbesondere für ein gutes Leben, wird nicht alles in der kapitalistischen Ökonomie produziert. Wir werden als Kinder und Alte oder als Kranke gepflegt, wir verrichten im Alltag viele Tätigkeiten und haben viele Beziehungen, die nicht über den kapitalistischen Markt organisiert sind (#auch Frage an Flassbeck#).

In Arbeitsgruppe : alternative Indikatoren der Wohlstandsmessung - # Alberto Acosta #

Die meisten Debatten um Globalisierung und ihre Krise sowie die Vorschläge für eine grüne Ökonomie sind derzeit noch weit weg davon. Sie bleiben im Wachstumsparadigma verhaftet, entwickeln kein kritisches Verhältnis zur kapitalistischen Globalisierung und sind damit nicht in der Lage, alternative Verständnisse von Wohlstand und Lebensqualität zu entwickeln.

Aber darum geht es doch letztendlich. Um ein solidarisches Zusammenleben, das nicht naiv ist gegenüber den Zwängen des Alltags und gegenüber der Notwendigkeit, dass Wirtschaften produktiv organisiert sind. Aber im Zentrum sollten zukünftig nicht mehr kapitalistisches Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit stehen, sondern viele andere Sachen. In diesem Vortrag konnte ich nur einige anschnitten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.